

BREXIT BCCG EXPERTENGRUPPE BANKING & FINANCIAL SERVICES

AUSGANGSLAGE

Auch knapp 3 Monate nach dem Brexit-Referendum grassiert weiterhin eine große Unsicherheit hinsichtlich der Ausgestaltung des Brexits. Auch wenn Premierministerin Theresa May ursprünglich gegen den Brexit war, so obliegt die Umsetzung jetzt ihrer Verantwortung als neue Premierministerin. Getreu ihrem Motto „Brexit heißt Brexit“ sieht sie sich in der politischen Pflicht den Volksentscheid umzusetzen.

In einer Rede anlässlich des Parteitags der britischen Tories Anfang Oktober verkündete sie, dass das Verfahren nach Artikel 50 des Lissabon-Vertrages zum Austritt aus der Europäischen Union bis Ende März 2017 eingeleitet wird. Die dann beginnenden Austrittsverhandlungen mit der EU müssen binnen zwei Jahren abgeschlossen sein. Man erwartet eine sich daran anschließende Übergangsphase von 2 – 5 Jahren, in der, in Abhängigkeit von den vereinbarten Rahmenbedingungen, neue Handelsabkommen mit der EU und/oder individuell mit den EU-Mitgliedsstaaten verhandelt werden müssen. Das Kernstück der Exit-Verhandlungen wird der Zugang zum europäischen Binnenmarkt sein. Mehrfach ließen die EU-Staaten unabhängig voneinander verlautbaren, dass dieser Zugang weiterhin den Personenfreiverkehr für Anwohner der EU-Staaten voraussetzt. Aber das Abschaffen genau dieser Freizügigkeit der EU-Bürger, so ließ Theresa May verlauten, hat allerhöchste Priorität, war sie doch immer das stärkste Motiv der Brexit-Befürworter.

Premierministerin Mays klare Positionierung wurde vielfach interpretiert, als würde sie zugunsten der Einschränkung der Freizügigkeit auf den Zugang zum europäischen Binnenmarkt verzichten. Das Wort des „harten Brexit“ macht seitdem die Runde. Am Devisenmarkt notiert das Britische Pfund seitdem auf neuen Tiefstständen. Ob Mays Aussagen nur populistisch sind oder nicht, die britische Wirtschaft ist gewarnt und besorgt.

Die Sorgen werden weiter genährt durch eine neuerliche Studie des britischen Finanzministeriums. Demzufolge würde ein harter Brexit, der Großbritannien ohne Zugang zum europäischen Binnenmarkt zur Folge hat, die britische Wirtschaftsleistung gegenüber einem Verbleib in der EU um zwischen 5,4 % und 9,5 % senken. Letzteres entspräche einem Rückgang von 66 Milliarden Pfund an Steuereinnahmen pro Jahr. Politische und wirtschaftliche Interessen laufen national auseinander. Gleichzeitig steigen der innen- und außenpolitische Druck auf die britische Regierung.



Bundeskanzlerin Angela Merkel ermahnte die deutsche Wirtschaftselite eindringlich, die Politik nicht daran zu hindern, die 4 Grundfreiheiten bei den Brexit-Verhandlungen als Voraussetzung für den Zugang zum europäischen Binnenmarkt einzufordern.

EU-Ratspräsident Donald Tusk beschreibt die aktuelle Lage unmissverständlich: „Es ist nutzlos über einen weichen Brexit zu spekulieren. Dies wären rein theoretische Spekulationen. Meiner Meinung nach ist die einzige Alternative zu einem harten Brexit kein Brexit“. Weiter kompliziert wird die Situation durch die Entscheidung des High Court, nach der dem britischen Parlament bei der Entscheidung über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ein Mitspracherecht eingeräumt wurde. Die Positionen sind verhärtet. Eine schnelle Lösung, ohne Gesichtsverlust für einen oder mehrere Beteiligte, ist nicht in Sicht.

Was bedeutet die aktuelle Situation für den Bereich Financial Services? Der Finanzplatz London spielt neben New York in der stark regulierten Finanzwelt eine tragende und dominante Rolle. Voraussetzung für grenzüberschreitende Transaktionen ist die gegenseitige Anerkennung regulatorischer Absprachen. Ob harter, „weicher“ oder kein Brexit, die aktuelle Unsicherheit gerade hinsichtlich des Standorts London in Folge des Brexits wird in den folgenden Jahren für alle Marktteilnehmer ein steter Begleiter sein. Nicht alle Marktteilnehmer sind gewillt, auf die Antworten der Politik zu warten. Notfall- und zunehmend Alternativlösungen werden erarbeitet. Mindestens eine internationale Bank hat bereits entschieden und öffentlich bekannt gemacht, ihre Präsenz in London abzubauen. Weitere werden folgen...

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DAS BREXIT-VOTUM JETZT FÜR DIE BRITISCHE HANDELSKAMMER UND IHRE ARBEIT? VOR DIESEM HINTERGRUND, WELCHE ZIELE VERFOLGT DIE BCCG?

Die BCCG hat sich die Aufgabe gestellt ihren Mitgliedern und interessierten Dritten eine neutrale Diskussionsplattform zu bieten, um Themen rund um den Brexit zu diskutieren.

- Das Interesse der Expertengruppe ist es, die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten, den durch das Brexit-Votum betroffenen Parteien Unsicherheiten zu nehmen.
- Es besteht das gemeinsame Verständnis, dass London auch nach dem Brexit ein bedeutender globaler Finanzplatz bleiben wird. Allein die aktuelle Größe des Finanzplatzes London mit rund 350.000 direkten Arbeitsplätzen erlaubt keine anderen Schlüsse (Frankfurt rund 70.000).
- Verlagerungen von Aktivitäten/Arbeitsplätzen von London nach Deutschland sind nicht das Ziel der Expertengruppe.
- Die Gruppe ist sich einig, dass etwaige/zwangsläufige Verlagerungen nur mittels starker Kooperation zwischen den Finanzplätzen erfolgreich sein können.
- Mit Hilfe der neutralen Position der BCCG ist es das Ziel, die deutsch-britische Kooperationen zu stärken.
- Die Expertengruppe wird zu spezifischen Themen gemeinsame Positionen erarbeiten, die über die BCCG in der Öffentlichkeit und bei den verschiedenen Vertretern im Rahmen der Brexit-Verhandlungen positioniert werden.
- Längerfristig rechnet man mit einem Wachstumsrückgang des Bruttonationalprodukts um 3 - 7 Prozentpunkte.
- Dies wird natürlich nachhaltige Wirkung auf die deutsche Exportwirtschaft haben.
- Einzelne Sektoren und Industrien sind dabei unterschiedlich betroffen.

Ziel der BCCG und der Teilnehmer ist es, den Brexit so einfach und so wenig disruptiv wie möglich für die Financial Services Industrie zu gestalten.

WAS SIND DIE FOLGEN DES BREXITS FÜR DIE DEUTSCHE WIRTSCHAFT?

1. Die Konsequenzen sind vielschichtig und komplex. Tragweite wird allein an Import/Exportbeziehungen zwischen Deutschland und dem Vereinigten Königreich deutlich.
2. Im Jahr 2015 hatte Deutschland laut Bundesbankstatistik gegenüber dem Vereinten Königreich einen Zahlungsbilanzüberschuss von mehr als 45 Milliarden, wobei der Warenverkehr einen Überschuss von 44 Milliarden ausmacht.
3. Das unerwartete Ergebnis des Referendums vom 23. Juni 2016 führte über Nacht zu Unsicherheit und schwindendem Vertrauen in die britische Volkswirtschaft, was umgehend zu Instabilität und Volatilitäten in den Märkten führte.
4. Das Britische Pfund fiel gegenüber dem US Dollar unter 1,30 und damit auf ein 30-Jahres-Tief.
5. Volkswirte rechnen jetzt mit einer verlängerten Niedrigzinsphase, höherer Inflation, einem rückläufigen Konsumklimaindex, rückläufigen Investitionen und Immobilienpreisen, wachsender Arbeitslosigkeit und einem weiterhin schwachen GBP - auch gegenüber dem Euro.
6. Längerfristig rechnen Analysten und Volkswirte mit einem Wachstumsrückgang des Bruttonationalprodukts um 3 - 7 Prozentpunkte.
7. Bei einem harten Brexit schätzt das britische Finanzministerium den Rückgang des nationalen Bruttonationalprodukts auf bis zu 9,5 %
8. Der Brexit, in welcher Form auch immer, wird nachhaltige Wirkung auf die deutsche Exportwirtschaft haben, wobei einzelne Sektoren und Industrien unterschiedlich stark betroffen sind.

WELCHE AUSWIRKUNGEN HAT DAS BREXIT-VOTUM JETZT FÜR DIE BRITISCHE HANDELSKAMMER IN DEUTSCHLAND UND IHRE MITGLIEDSFIRMEN UND SELBSTÄNDIGE?

- Die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Brexit sind heute noch nicht absehbar
- Die aktuelle Lage ist durch Unsicherheit gekennzeichnet

DIE BCCG

- erhält viele Anfragen von ihren Mitgliedern;
- steht in ständigem Kontakt mit der Botschaft und anderen öf-

fentlichen Stellen, um den aktuellen Stand der Verhandlungen/Positionierungen zu erfahren;

- hat verschiedene Expertengremien gebildet, um ihren Mitgliedern eine Plattform zum Meinungsaustausch, aber auch um eine Positionsfindung zu ermöglichen, und die Brexit-Verhandlungen im Rahmen unserer Möglichkeiten mitzugestalten.


WAS BEDEUTET „MITZUGESTALTEN“?

- Die BCCG hat seit langem auf die Bedeutung des Vereinten Königreichs für die deutsche Wirtschaft, aber auch für das gesamte Handelsvolumen mit der EU hingewiesen.
- Die BCCG wünscht, dass die Konsequenzen der Brexit-Verhandlungen so wenig wie möglich disruptiv sein werden.
- Ist dies nicht der Fall, so werden hohe Kosten auf die betroffenen Sektoren und Industrien zukommen, die schließlich der Endverbraucher trägt. Viele Arbeitsplätze in Deutschland und

Großbritannien, aber auch in der gesamten EU, sind davon betroffen.

- Im Rahmen der Verhandlungen selbst hat die BCCG eine besondere Stellung – sie ist neutral.
- Die BCCG steht für länderübergreifende Interessen ein. Aktuell gibt es keine Gewinner, nur Verlierer, denn Unsicherheit ist ein Grundübel für erfolgreiche wirtschaftliche Beziehungen.

WAS SIND DIE GRÖßTEN SORGEN IHRER MITGLIEDER?



ANHALTENDE UNSICHERHEIT
VERTAGEN VON ANSTEHENDEN ENTSCHEIDUNGEN
VOLKSWIRTSCHAFTLICHE KONSEQUENZEN
GEFÄHRDUNG VON ARBEITSPLÄTZEN
POLITISCHE KONSEQUENZEN
KOSTEN, DIE MIT DEM BREXIT VERBUNDEN SIND

1. Entscheidungsstau: Die aktuelle Unsicherheit bewirkt bereits heute das Vertragen von anstehenden Entscheidungen
2. Geschäftsmodell: Art und Weise der Umsetzung des Brexits werden Auswirkungen auf die individuellen und industriespezifischen Geschäftsmodelle und letztendlich die Kunden haben
3. Kosten: Volkswirtschaftliche Konsequenzen und die damit einhergehende Gefährdung von Arbeitsplätzen, aber auch politische und aufsichtsrechtliche Konsequenzen werden mit hohen Kosten verbunden sein
4. Szenarien: Um Konsequenzen und Optionen zu erörtern, geht es aktuell vor allem darum, Unsicherheiten abzuwägen und sich so weit wie möglich auf verschiedene Szenarien vorzubereiten.
5. Status Wirtschaftsbeziehungen: Tatsache ist, sofern vor Ablauf der Frist keine besonderen Vereinbarungen getroffen werden, wird Großbritannien mit dem Brexit zu einem Drittstaat wie jeder andere, was in Summe die aktuellen Wirtschaftsbeziehungen belastet.

Größtes Interesse und damit wahrscheinlich größte Sorgen macht man sich um

PASSPORTING

- Firmen, die ihren Sitz in einem EU-Land haben, können dank Passporting in der ganzen EU ihre Dienstleistungen anbieten und das, ohne Geschäftsstellen in einem Mitgliedstaat zu eröffnen und sich an behördliche Vorgaben in diesem Land zu halten.
- Banken, Versicherungen und Fonds aus aller Welt mit Sitz in London finden aktuell so Zugang zur EU und seinen Marktteilnehmern.
- Der Brexit könnte zur Folge haben, dass aus London heraus agierende Unternehmen neue Lizenzen in anderen EU Ländern beantragen müssen, um ihre Kunden weiter zu bedienen.
- Diese „Umsiedlung“ muss vorbereitet werden, kostet Zeit und Geld.

AUFSICHTSRECHT

- Vertragsrecht für Finanzdienstleistungen ist aufgrund von EU-Richtlinien harmonisiert. Wie wirkt sich der Brexit hierauf aber auch auf die umzusetzenden regulatorischen Anforderungen (z. B. MiFID) aus?
- Im Sinne der britisch-europäischen Wirtschaftsbeziehungen muss eine Forderung des Finanzsektors sein, weiterhin ein „level playing field“ vor allem hinsichtlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen für alle beteiligten Unternehmen sicherzustellen.
- Gibt es für die Londoner Niederlassungen deutscher Kreditinstitute eine Sondersituation regulatorischer Art in der EU und Großbritannien?

VERTRAGSMANAGEMENT

- Was bedeutet der Brexit für die zukünftige Vertragsgestaltung mit Kunden in EU-Ländern, aber auch für bestehende Verträge, die über das Brexitdatum hinauslaufen?
- Bestehen einseitige Kündigungs- oder Anpassungsrechte?
- Um wieviel Verträge und welcher Art handelt es sich?
- Wird dies unter englischem Recht anders beurteilt als unter deutschem Recht und dem Recht der anderen EU-Mitgliedstaaten?

DATENMANAGEMENT

- Wie gestaltet sich datenschutzrechtlich zukünftig der Austausch von Daten mit Unternehmen in Großbritannien?
- Welche Daten sind betroffen?

MOBILITÄT

- Personenfreizügigkeit ist eine der vier Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes und war eins der großen Themen in der Brexit-Debatte.
- Wie sehen die Rahmenbedingungen zukünftig aus?
- Was haben sie für arbeitsrechtliche Konsequenzen?
- Was bedeuten diese für die Belegschaft (z. B. Expats) und die Mobilität von Talenten und Fachkräften?

BESTEUERUNG

- Was bedeutet der Brexit für bestehende Rechtsstrukturen und der damit einhergehenden Besteuerung?
- Welche Veränderungen bringt der Brexit für EU/GB Handelsbeziehungen hinsichtlich Umsatzsteuer sowie Zölle mit sich?

FINTECH/INSURTECH:

- Wie könnte eine deutsch-britische Kooperation Europa als Fin-/InsurTech Hub weiter stärken?

UNREGULATED COLLECTIVE INVESTMENT SCHEMES (UCIS)

- Was bedeutet der Brexit? Wie können wir ein Abwandern dieses Geschäftsbereichs verhindern?

EUROCLEARING:

- Wie wird das zukünftige Euroclearing gestaltet?

ANPASSUNGSBEDARF FÜR DEN DEUTSCHEN GESETZGEBER:

- Gibt es für den deutschen Gesetzgeber unabhängig von den Verhandlungen zwischen der EU und Großbritannien Anpassungsbedarf?

ÜBERGANGSREGELUNGEN GANZ ALLGEMEIN

- Wie könnten je nach Szenario Übergangsregelungen aussehen, um die negativen Brexit-Folgen zu verhindern oder abzumildern?

WIRD DER FINANZPLATZ FRANKFURT VOM BREXIT PROFITIEREN?

- Art und Umfang möglicher Verlagerungen von Finanz-Institutionen aus London werden von den Rahmenbedingungen abhängen, die mit dem Brexit verbunden sein werden.
- Das Interesse der Expertengruppe ist es, die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten, den betroffenen Parteien Unsicherheiten zu nehmen.
- Verlagerungen von Aktivitäten/Arbeitsplätzen von London nach Deutschland sind nicht das Ziel der Expertengruppe.
- Die Expertengruppe ist sich allerdings einig, dass etwaige Verlagerungen nur mittels starker Kooperation zwischen den Finanzplätzen Frankfurt/London erfolgreich sein können.
- Natürlich verfügt Frankfurt über hervorragende Standortfaktoren und wird deshalb als Finanzplatz sicherlich nicht an Bedeutung verlieren.
- Das gilt aber auch für andere Standorte in Europa. Diese werden hier mit Frankfurt im Wettbewerb stehen, z.B. u.a. Amsterdam, Dublin, Mailand, Madrid, Paris, Wien usw.
- Von unseren Mitgliedern wissen wir, dass bereits Standortanalysen durchgeführt werden.
- Es besteht das gemeinsame Verständnis, dass London auch nach dem Brexit der Finanzplatz Nr. 1 in Europa bleiben wird. Allein die aktuelle Größe und internationale Verflechtung des Finanzplatzes London mit rund 350.000 direkten Arbeitsplätzen erlaubt keine anderen Schlüsse.
- Mit Hilfe der neutralen Position der BCCG ist es das Ziel, deutsch-britische Kooperationen zu stärken.

DIE TEILNEHMER UND ANSPRECHPARTNER DER BANKING & FINANCIAL SERVICES EXPERTENGRUPPE

GEORG BAUR

Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands, VÖB, e.V.

MARKUS BECKER-MELCHING

Bundesverband deutscher Banken e.V.

JAN BLUMENTHAL

Lloyd's Versicherer London

JAN BOEHM

Deutsche Bank AG

MICHAEL BROSZEIT

Lingohr & Partner Asset Management GmbH

ROBERT FRIES

The Royal Bank of Scotland plc

ILKA HARTMANN

Commerzbank AG

ACHIM KLÜBER

Europe Arab Bank plc

ANDREAS MEYER-SCHWICKERATH

British Chamber of Commerce in Germany e.V.

CHRISTOPHER PORTER

The Bank of New York Mellon, Frankfurt

DR. JENS RINZE

Squire Patton Boggs (US) LLP

MARKUS SAUERLAND

PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

DR. CHRISTOPH SCHAUBURG

Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

FRANK SCHEIDIG

DZ BANK AG, Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank

ENDER TANAR

Lloyds Banking Group plc

JENS TOLCKMITT

Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) e.V.

OLIVER WAGNER

Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

